

Nachlese

(Will-)Kommen um zu bleiben! Hamburger Flüchtlingspolitik in der Diskussion

am Donnerstag, 18.6.15, 18 – 20:30 Uhr, Rudolf Steiner Haus, 6-Eck-Saal

Seit den Protesten von Lampedusa in Hamburg im März 2013 hat die Debatte um Hamburgs Umgang mit Flüchtlingen nicht abgenommen, sondern wird aktuell unter breiter öffentlicher Beteiligung über den Neubau von Flüchtlingsunterkünften weitergeführt. Diese Diskussion hat der Zukunftsrat aufgegriffen und die Chancen und Herausforderungen aufgezeigt, die auf kommunaler wie gesellschaftlicher Seite für die Integration der Geflüchteten bestehen. Dazu lud der Zukunftsrat die Referenten und Podiumsgäste Hendrikje Blandow-Schlegel, Flüchtlingshilfe Harvestehude e. V., Dr. phil. Vassilis Tsianos, ehem. Universität Hamburg, und Dr. Rembert Vaerst, Sprecher der Geschäftsführung von fördern und wohnen Hamburg, ein. Den Abend moderierte Dr. Anke Butscher, Politik- und Unternehmensberaterin in Hamburg.

Der Migrationsforscher Dr. phil Vassilis Tsianos stellte im ersten Beitrag die Hintergründe internationaler und europäischer Flucht und Migration und den politischen Umgang damit dar. Die humanitäre Katastrophe im Mai 2015, bei der massenweise Menschen auf dem Mittelmeer vor den EU-Außengrenzen starben, verdeutlicht die aktuelle Lage: Während immer mehr Menschen aufgrund von Krieg oder Vertreibung auf der Flucht sind, weist das europäische Migrations- und Asylsystem nach wie vor Funktionsstörungen und Restriktionsbemühungen auf. Es bestehen vier Hauptproblembereiche:

- Nach dem Dublin-System sollen Asylanträge ausschließlich in dem Land gestellt werden, in dem der Asylsuchende erstmalig die Europäische Union betritt. Rücküberweisungen werden jedoch teilweise untersagt und erstmalig fordern auch nördliche Länder wie Deutschland eine Quotenregelung bei der Verteilung von Asylsuchenden.
- Die Binnenfreizügigkeit in der EU wird durch das Wiedereinführen von nationalen Grenzkontrollen untergraben.
- Vor allem rumänische und bulgarische EU-BürgerInnen werden bei der Binnenfreizügigkeit diskriminiert.
- Interessenkonflikte unterschiedlicher Akteure bei der Sicherung der EU-Außengrenzen gefährden die Einhaltung von Menschenrechtsabkommen insbesondere bei der Seenotrettung.

Hendrikje Blandow-Schlegel von der Flüchtlingshilfe Harvestehude e.V. diskutiert in ihrem Beitrag die Chancen und Herausforderung der Zivilgesellschaft für die Integration von Geflüchteten. Im Gegensatz zu den 1990ern besteht eine positivere Stimmung und ein großer Unterstützungswille. Nach Bekanntwerden der städtischen Pläne für eine Flüchtlingsunterkunft im ehemaligen Kreiswehersatzamt der Bundeswehr in der Sophienterrasse in Harvestehude, haben sich umgehend 30 Einzelpersonen zu ihrer Initiative zusammengeschlossen. Der anhaltende Rechtswiderstand einzelner Anwohner verhindert aber, dass die Ressourcen von Stadtbewohnern mit einem höheren Einkommen, einer besseren Bildung und mehr freier Zeit gesellschaftlich genutzt werden können. Zivilgesellschaftliche Initiativen sind dann erfolgreich, wenn sie strukturiert und im Einklang mit dem vorhandenen Hilffssystem umgesetzt werden und die hamburgweite Vernetzung anstreben. Sprachunterricht, Essensausgaben und Alltagsbegleitung durch Patenschaften sind realisierbare und wichtige Aufgabenbereiche.

Dr. Rembert Vaerst, Sprecher der Geschäftsführung von fördern und wohnen (f&w), informiert über Erfolge und Herausforderungen des Unternehmens. Hamburg besitzt die bundesweite Besonderheit, dass f&w als städtisches Unternehmen die Unterbringung von Geflüchteten zentral organisiert. Der extrem schnelle und nicht prognostizierte Anstieg von Flüchtlingszahlen überfordert die vorhandenen Strukturen, die trotz Verdoppelung des Personals durch die Hansestadt für 2015 nicht sofort aufgebaut werden können. Neben Unterbesetzung ist der Mangel an Grundstücken das derzeitige Hauptproblem. Außerdem fehlt ein ganzheitliches Integrationskonzept, für das vier Aspekte besonders diskutiert werden: Neben dem Erwerb der Sprachkompetenz ist der Zugang zum Arbeitsmarkt sowie zu Schulen und Kitas elementar für die Integration, die durch gezielte Beratungen und Alltagsbegleitungen unterstützt werden muss.

Nachfragen und Redebeiträge des Publikums behandelten unter anderem die Vorhersagbarkeit von Fluchtströmen, den Grundstückmangel für Unterkunftsvorhaben und gesellschaftliche Ressentiments. Vassilis Tsianos verneint sichere Prognosen von Flüchtlingsbewegungen, vermutet aber Spätfolgen von den aktuellen Ansammlungen von Flüchtlingen in Libyen, Syrien und Afghanistan. Er räumt der Bundesrepublik Deutschland eine Vorbildfunktion innerhalb der EU ein, wobei Rembert Vaerst die Verteilungslogik des Königsteinerschlüssels kritisiert: Große Städte müssen aufgrund ihrer Einwohnerzahl und Wirtschaftskraft viele Geflüchtete aufnehmen, ohne über den notwendigen Wohnraum zu verfügen. Auf Informationsveranstaltungen verzeichnet er vor allem Ängste von AnwohnerInnen vor Vermüllung, Lärm und Eigentumsdelikten, für die die Polizei aber kein erhöhtes Risiko feststellt. Die Wertminderung von Grundstücken ist eine neue Sorge, die Hendrikje Blandow-Schlegel auf eine negative Sicht der Gesellschaft auf Flüchtlinge und Migranten hat. Diese Sicht steht gegen die Realität, dass Mobilität primär den Mittel- und Oberschichten vorbehalten ist und den historischen Normalzustand ausmacht. Sie plädiert für ein gesellschaftliches Umdenken, Flüchtlinge als individuelle Menschen auf gleicher Augenhöhe zu sehen und mit Empathie auf ihre oftmals traumatisierenden Reiseerfahrungen zu reagieren.